"Der Courier"

Ein Organ deutsch sprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der „Saskatchewan Courier Publ. Co., Ltd."
Joseph Oberhoffner, Geschäftsführer.
Geschäftslokal:
1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon: — Tag: 3391 — Nacht: 2131.
Abonnementspreis:
im Voraus zahlbar.

Inland.

Mittwochausgabe (12—32 Seiten stark)—	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
	$3.00	$1.50	$ .75	$ .35

Ausland. — Vereinigte Staaten und Europa.

	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
Mittwochausgabe ..	$4.00	$2.00	$1.00	$ .50

Reklamen kosten 10c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht, usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75 Cents; für jede weitere Insertion 50 Cents.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90 Cents.

The Aim of the Foreign Language Newspaper of Canada

To help preserve the ideals and sacred traditions of this, our adopted country, the Dominion of Canada: To revere its laws and inspire others to respect and obey them; To strive unceasingly to quicken the public's sense of civic duty: In all ways to aid in making this country greater and better.

„Man muß die Wahrheit immer und immer wiederholen, denn die Lügner wiederholen auch ihre Lügen immer wieder."
(Goethe.)

Der englische Kapitän Wedwood Benn, Mitglied des englischen Parlaments, veröffentlichte einen Artikel unter der Ueberschrift „Reparation und Schwindel" in der Londoner „Daily News" der in mehr als einer Beziehung für uns recht bemerkenswert ist. Am meisten dürfte uns indes der Schlußsatz seiner Ausführungen interessieren, in dem er schreibt: „Endlich wird der Leser, welcher wirklich glaubte, daß uns der Weltfrieden vom Völkerbund beschert werden würde, überrascht sein, zu sehen, daß Lloyd George für Genua eine gänzliche Neuerung anzeigt. Er (der Leser) wird nicht verstehen können, weshalb die Premier-Minister aller Großmächte ihre Unterstaatssekretäre zum Weltparlament nach Genua schicken, sie selbst aber anderswo zu verhandeln beginnen. **Früher oder später müssen wir den Tatsachen ins Gesicht schauen. Frieden kann nur auf Wahrheit begründet werden. Die Reparationsbedingungen sind unmäßig und enthalten viele Punkte, welche fallen gelassen werden müssen. Der Vertrag von Versailles muß revidiert werden. Der Oberste Rat muß abgeschafft werden. Die alte Diplomatie und Gleichgewichtstheorie dürfen nicht wieder aufleben. Die wirkliche Garantie des Vertrages und die Sicherheit der Grenzen für Frankreich sowohl, als für alle Mächte, beruht auf Gerechtigkeitssinn der ganzen Welt, wie er sich in einem fortdauernden Völkerbund konzentriert."**

In Genua berät man über den Wiederaufbau der aus den Fugen gegangenen Welt. Eine Krise löst die andere ab, deren jede dazu angetan ist, den Weltatem stocken zu lassen und die Konferenz zunichte zu machen. Man ist des Haarspaltens, Silbenstechens, Krakehlens, der Verdächtigungen, des gegenseitigen Mißtrauens und Drohungen müde geworden. Nach mehr wie dreiwöchentlicher Tagung läßt sich soweit nur e i n Resultat aufweisen, nämlich der deutsch-russische Vertrag; merkwürdiger-, — vielmehr sollten wir sagen, — begreiflicherweise, ist dieser Pakt nicht das Resultat einmütiger Alliiertenarbeit, sondern vielmehr das Ergebnis der beiden, friedensbedürftigten, darbenden Kontrahenten Deutschland und Rußland, deren einmütige Zusammenarbeit, die den durch Siegerwut verblendeten Tyrannen ein Schnippchen schlug und sie und ihre Unehrlichkeit aufs neue vor aller Welt an den Pranger stellte. Abermals drohte Poincare mit der Abberufung der Delegation, abermals verlangte das nach Garantien schmachtende Frankreich, heuchlerisch Sicherung seiner „gefährdeten" Zukunft. In einre in Frankreich gehaltenen Rede führte er aus:

„Alles, was wir je verlangt haben, und was wir heute verlangen, ist die Erfüllung des Vertrages, und das müssen und werden wir erzielen. Der Friede Europas hängt davon ab, sowie unsere Zukunft und unsere nationale Wohlfahrt. Nicht durch übereiltes Handeln, noch durch Entschließungen ohne Ueberlegung werden wir es erlangen, sondern durch ein beharrliches und methodisches Vorgehen. Doch es muß geschehen."

Weiter erklärte der Premier, er hoffe ernstlich auf Mitarbeit der Alliierten, falls Deutschland seine Zahlungen nicht einhalten sollte, indessen, „nach den Bedingungen des Vertrages darf im Notfalle jeder der Alliierten als notwendig erachtete Maßnahmen ergreifen, und wir werden nicht dulden, daß unser unglückliches Land unter der Last der Gutmachungen erliegt, neben einem Deutschland, welches nicht willig ist, die erforderlichen Anstrengungen zur Ablösung seiner Schulden zu unternehmen. Wir werden in voller Unabhängigkeit die französische Sache verteidigen, und wir werden keine der Waffen, die der Vertrag uns gibt, aufgeben.

Frankreichs Imperialismus ist ein laufendes Thema in einigen Ländern, in welchen wir hinterhältiger Eroberungs-Motive bezichtigt werden. Ich kenne keinen einzigen Franzosen im öffentlichen Leben, welcher jemals von Gebiets-Annektierung geträumt hat. Wer aber begreift jetzt, nach der Rapallo-Abmachung (der deutsch-russische Vertrag), nicht die Unklugheit einer allzu schnellen Abrüstung unsererseits?

Jene Abmachung zieht an das Tageslicht die Sympathien, welche sich zwischen den Bolschewiki und den Deutschen in der Dunkelheit entwickelt hatten. Wie viele Leute, aus ihrem Vertrauen von gestern aufgerüttelt, werden jetzt nicht zugestehen, daß das Kabinett mit seinem Wunsche, in dieser Zeit auf einem Militärdienst von achtzehn Monaten zu beharren, in Recht gewesen?"

Poincare wies auf die Entdeckung von Vorräten an Waffen und Munition in Schlesien hin, sowie auf Aufstellung von Polizei-Organisationen in Deutschland, welche, zusammengesetzt aus früheren Unetrofizieren, leicht in einen Rahmen für eine militärische Streitmacht umgewandelt werden könnten. Er erwähnte diese Dinge und die Alldeutsche Bewegung, um die Vorsichtsmaßnahmen Frankreichs zu rechtfertigen. Der Premier fügte hinzu: „In Deutschland geht die Sache so, als ob die Alldeutschen einer Gelegenheit harrten, um früher oder später an ihrer Ostgrenze Unruhen zu schüren, in der Absicht, die polnischen Gebiete, welche durch den Versailler Vertrag Deutschland genommen wurden, mit Gewalt wiederzuerlangen."

Wer könnte nicht umhin, in diesen Worten den Jahrhundert alten, unverlöschlichen, französischen Haß, die Fortsetzung steter Drohungen und das Weiterspinnen des infamen gallischen Lügengewebes zu erblicken?

Den französischen Quertreibereien setzt Lloyd George anscheinend den Punkt auf das „i" und droht bekannt zu machen, durch wen und warum Fortschritt der Konferenz gehindert werde.

Spräche nicht die Vergangenheit des Kautschukpolitikers so laut für seine Inkonsequenz, wäre man trotz der gemachten Erfahrungen abermals versucht an seinen ehrlichen Friedenswillen, der leider im gegebenen Moment schon so oft versagte, zu glauben bereit. Keineswegs geht Lloyd George die klare Einsicht der bedrohenden europäischen Lage ab. Er hat sich mit dem deutsch-russischen Bündnis abgefunden, ja heißt es indirekt im Interesse des europäischen Friedens eine Notwendigkeit. Man kann es der Politik des kleinen Wallisers getrost überlassen, das englische Steuerruder auf den neuen Kurs so einzustellen, daß ihm der Wind nicht aus den Segeln genommen wird. Daß in den Ausführungen des englischen Premier Deutschland wieder als der alleinige Schuldige hingestellt wird, beweist nur die Fadenscheinigkrit seines Opportunismus, dem gegenüber wir behaupten:

„Man muß die Wahrheit immer und immer wiederholen, denn die Lügner wiedrholen auch ihre Lügen immer wieder."

Neue Ueberraschungen.

Soweit stand die Genauer Konferenz sehr zum Aerger der kleinen und großen Entente im russisch-deutschen Zeichen, denn beide errangen durch ihren Vertrag einen Sieg, den auch der größte Optimist vor einigen Wochen noch nicht zu träumen gewagt hätte. Wenn man auch an diesem errungenen Vorteil für die allernächste Zukunft in Form eines blühenden Handels im gegenseitigen Interesse nicht allzugroße Hoffnungen knüpfen darf, so bietet er dennoch in dieser als auch internationalpolitischer Bedeutung als ein Beweis ungeahnter Möglichkeiten. Beruhen weitere Berichte auf Tatsachen, dann bereiten sich im Schoße des Schicksals Dinge vor, die den Geschicken der Welt ein neues Gepräge weittragendster Bedeutung geben dürften. Abermals spielt das seitens der Alliierten betrogene Rußland hierbei die Hauptrolle. K. v. Wiegand, der Berichterstatter des Un. Service, meldet: „Die feinfühlige und weitsehende russische Diplomatie der Soviet-Schule bereitet einen neuen Schlag vor, der wiederum dazu angetan sein dürfte, die Welt in Erstaunen zu setzen und ihre Blicke auf die neue Kraft zu lenken, die in der Welt der Staatskunst ihr Erscheinen gemacht hat.

Japan geht, wenn Berichten vertraulicher Natur, die in inneren Konferenzkreisen eifrig kolportiert werden, Glauben geschenkt werden kann, ernstlich mit sich zu Rate, das dritte Mitglied der deutsch-russischen Entente zu werden.

Dieses ist zur Zeit das Ziel der russischen Diplomatie, und die Erreichung desselben würde das Zustandekommen einer geschlossenen Liga zu bedeuten haben, die sich über die ganze östliche Hemisphäre vom Stillen Ozean bis zur Nordsee erstrecken und eine Konstellation zu bedeuten hätte, wie sie mächtiger und folgenschwerer die Geschichte nicht aufweist. Angesichts des Mangels an Verstand von Staatsmännern auf der Versailler Friedenskonferenz, die es sich zur Aufgabe gesetzt, eine Neuteilung der Erde vorzunehmen, würden hier Nationen von 250 Millionen Menschen, die über ungeheuere natürliche Hilfsquellen verfügen, zusammen geführt werden.

Ich erklärte ausdrücklich, die russische Diplomatie ist im Begriff, dieses Ziel zu erreichen, soweit ist es allerdings noch nicht erlangt. Viel hängt von den Geschicken in Genua ab. Sollte Rußland hier von den Mächten anerkannt werden, wird natürlich Japan diesem Beispiel folgen. Damit wäre aber die größte Schwierigkeit im Wege einer deutsch-russisch-japanischen Allianz aus dem Wege geräumt."

Eine Central News-Depesche aus Genua besagt: „Von nichtamtlicher Seite wird in Erfahrung gebracht, daß die Roten (die russischen Soviet-Vertreter) mit Ungarn über einen Geheimvertrag verhandeln, welcher gegenseitige Unterstützung gegen Rumänien und die Kleine Entente zusichern würde."

In der Depesche heißt es weiter, durch den Vertrag werde der russisch-deutsche Pakt anerkannt, ein neuer Block, welcher Polen und Rumänien isoliert, geschaffen und ferner bestimmt, daß Rußland Ungarns Ziele an seinen Grenzen anerkennen werde.

Als Gegenleistung werde Ungarn Rußlands Interessen in Bessarabien anerkennen. Ferner seien Vorkehrungen für einen Luftverkehr zwischen Ungarn, Rußland und Deutschland getroffen.

Nach der Central News-Depesche wurde der Vertrag am Samstag im Entwurf aufgesetzt, und darauf reiste der ungarische Premier Bethlen nach Budapest ab. Die Wirtschafts-Konferenz hat von der Vereinbarung keine Mitteilung erhalten, und die Depesche fügt hinzu: „die Bolschewiki aber sind geschäftig mit Vertretern der Balkanstaaten."

Sollten diese Verträge wirklich zustandekommen, dann wäre eine neue Kombination geschaffen, die in Verfolgung und Austragung wahrhaftiger Friedensziele im Stande wäre, der Welt ein neues Angesicht zu verleihen. **Ein unabänderliches, in höherer Hand liegendes Geschick hätte die Wahrheit aller Sieger- und Weltenmachtlügen zum Trotze wiederholt.**

Frankreich

bietet mehr denn je völlige Isolierung. Wie Deutschlands Vernichtung sein einziger, sehnlichster Wunsch ist, so möchte es den Zusammenbruch Genuas. Dem offiziellen Frankreich ist kein Mittel zu schlecht, das Konferenzschiff an den Klippen seines gehässigen Egoismus zerschellen zu sehen. Lloyd George machte keinerlei Hehl aus seinen Gedanken, die er Poincare in folgenden Worten ausdrückte: „Wenn das britische Volk anfängt, Besorgnis zu hegen, daß ein Zusammenarbeiten mit den Alliierten in irgend einer Weise die Zwistigkeiten in Europa aufrecht erhalten oder den Frieden verhindern würde, dann wird sich seine Ansicht über ein weiteres Zusammenarbeiten mit den Alliierten schnell ändern."

Weiß Frankreich, wer damit gemeint ist? Die ganze Welt ist dessen Zeuge, ja einige vernünftige Franzosen selbst erheben warnend ihre Stimme.

Eine Politik der unfruchtbaren Schlagworte nennt Gaston Jèze in der „Ere Nouvelle" die Politik der französischen Regierung in der Reparationsfrage. In den drei Jahren seit dem Abschluß des Waffenstillstandes habe diese Politik ein völliges Fiasko erlitten und trotzdem habe die französische Regierung bisher nicht den Mut gefunden, die begangenen Irrtümer einzusehen und die Konsequenzen daraus zu ziehen. Es sei lächerlich, immer wieder die französische Kriegsentschädigung von 1871 zum Vergleich heranzuziehen. Frankreich sei damals auch besiegt, aber nicht bis zum Weißbluten geschwächt gewesen. Seine Währung war gesund, sein Kredit unerschüttert und die verlangte Entschädigung von 5 Milliarden haben seine wirtschaftlichen Kräfte nicht überschritten. Gerade umgekehrt lägen die Dinge heute in Deutschland. Dieses habe weder Geld noch Kredit. Es habe nur ein Mittel, um seinen Verpflichtungen nachzukommen, die Arbeit, und wenn es den besten Willen hätte, denn müsse es lange Jahre und mit Hochdruck arbeiten, um sich auf diesem Wege seiner Schuld zu entledigen. Wenn Frankreich von Deutschland bezahlt sein wolle, dann müsse es zunächst Deutschland die Möglichkeit geben, zu arbeiten und zu produzieren. Bisher aber habe man gerade das Gegenteil getan. Zwei Jahre lang habe man deutsche Sachleistungen abgelehnt. Inzwischen habe man zwar den Vertrag von Wiesbaden abgeschlossen, seine Ausführungen aber werde sabotiert durch die Errichtung von Zollschranken, die Lieferungen in größerem Maßstab ausschließen. Von der gleichen Unfruchtbarkeit sei die französische Politik in der Frage der Mobilisierung der deutschen Schuld. Frankreich wolle zwar die internationale Anleihe, verhindere aber gleichzeitig, daß Deutschland dafür ausreichende Garantien zur Verfügung stellen könne, ohne die jede Kreditoperation unmöglich sei. Es sei Zeit, daß die französische Regierung sich endlich einmal überlege, was sie eigentlich wolle."

In Tunis, Afrika, wurde ein Anschlag auf das Leben des Präsidenten Millerand von Frankreich bei seiner Ankunft entdeckt. Vier Kommunisten wurden verhaftet. Die Polizei behauptet, daß die Verhafteten Mitglieder einer organisierten Bande sind, die einen Angriff auf den Präsidenten Frankreichs plante.

Die französische Besatzungsbehörde hat den Bezirksdelegierten neuerdings einen „Chef für politische Arbeit" zugeteilt, dessen Aufgabe die Ueberwachung der deutschen Bevölkerung auf ihre politische Gesinnung ist. Der „Chef für politische Arbeit" ist meistens gleichzeitig auch der Leiter der französischen „Kultur-Propaganda". Neuerdings nun ist in Zweibrücken der Sanitätslieutnant Magnanot, ein Farbiger aus Nord-Afrika, in der dortigen Abteilung für politische Arbeit beschäftigt. Das Bemerkenswerteste dabei aber ist, daß gerade dieser Farbige mit der „Kultur-Propaganda" in Zweibrücken betraut wurde. Einen ungebildeteren Afrikaner zum „Kultur-Propagandisten" über das Kulturvolk so hochstehende Volk, wie das des Saargebiets zu machen, kennzeichnet aufs neue die „ritterliche Kulturmission" und wirft ein grelles Licht auf die wahren Absichten der Franzosen in den besetzten Gebieten.

Frankreichs oft beteuerte Friedensliebe, seine in die Welt hinausposaunte Ritterlichkeit und seine Kultur werden durch seine Handlungsweise in's wahre Licht gerückt.

„Man muß die Wahrheit immer und immer wiederholen, denn die Lügner wiederholen auch ihre Lügen immer wieder."

Oesterreich und Ungarn.

Nachrichten aus Budapest zufolge wird das kaiserliche Jagdschloß in Gödöllö, 15 Meilen nordöstlich von Budapest, für die Kaiserin Zita und ihrer Familie hergerichtet. Der Regent Admiral Horthy räumt seine Zimmer in dem prächtigen Schlosse in Gödöllö, und die dort einquartierte Wache und die königliche Dienerschaft sind wieder engagiert worden. Der ehemalige Hofjäger Ungarns unterhielt in Gödöllö, außer dem Schloß einen ausgedehnten Park und einen zoologischen Garten.

Sozialisten und Kommunisten vereinigten sich in Wien zu einer Riesen-Kundgebung, an der angeblich 100,000 Arbeiter teilgenommen haben sollen; sie galt dem Achtstundentag, der Abhilfe gegen Arbeitslosigkeit, der Anerkennung Soviet-Rußlands und „geschlossenen Front des Proletariats". Alle Fabriken hatten schon um 4 Uhr nachmittags geschlossen. Die Kundgebung verlief ohne Störung. Die Arbeitslosigkeit in Oesterreich hat in den letzten Wochen sich bedeutend ausgeschlimmert; teilweise wird der Wettbewerb der deutschen Industrie dafür verantwortlich gemacht, die hauptsächlich in Automobilen und Maschinen die Erzeugnisse ihrer Nachbarländer unterbiete.

Mit der Ankündigung von Plänen, die zu zahlreichen Beamten, die nahezu einfünftel der Bevölkerung bilden, wenn deren Verwandte und sonstige Angehörige eingerechnet werden, zu vermindern, ist, wie man glaubt, die Lösung des ernstesten wirtschaftlichen Problems Oesterreichs gegeben.

Die Zivilbeamten nehmen eine fast unduldsamlichische Stellung in der österreichischen Politik ein, weil sie ohne ihre Einwilligung nicht entlassen werden können. Der neue Plan erkennt dieses Prinzip an, sieht aber die Aufhebung ganzer Regierungsabteilungen vor, was unter den bestehenden Gesetzen geschehen kann.

Leute, die weniger als drei Jahre im Dienste sind, und jene, die 31 Jahre im Amte waren, werden sofort entlassen werden. Die ersteren werden einen Bonus in Höhe eines eineinhalbmonatlichen Gehaltes für jedes Dienstjahr erhalten, während jene mit einer Dienstzeit von 31 Jahren denselben Bonus zuzüglich zehn Prozent des Gesamtbetrages bekommen werden. Hiermit werden Tausende armer Angestellter um ihr ohnedies schon kärglich bemessenes Brot gebracht. Die naturgemäße Folge der Alliiertenpolitik, welche die einst blühende Doppelmonarchie ihrer erwerbender, schaffensfreudiger Glieder beraubte und nur zwei siechtemme, nicht lebensfähige Rümpfe aus ihr machte.

„Man muß die Wahrheit immer und immer wiederholen, denn die Lügner wiederholen auch ihre Lügen immer wieder."

Die durch das Ableben König Karls geschaffene Lage rückt die Notwendigkeit der Versöhnung und des Zusammenarbeitens der Parteien in den Vordergrund. In legitimistischen Kreisen wird der Auffassung, daß die Besetzung des Königsthrones augenblicklich nicht aktuell sei, nicht widersprochen. Graf Andrassy selbst hat erklärt, daß durch den Tod des Königs die gegenwärtige Regierungsform in keiner Weise berührt erscheine. Die Legitimisten verschweigen auch nicht ihre Ueberzeugung, daß die Regierung auch weiterhin auf dem Boden des Entthronungsgesetzes stehen müsse. Bis zur Volljährigkeit des Exkönigs konnten sich jedoch die internationalen Verhältnisse ändern und Fragen, die jetzt aufgedrungen offen bleiben müssen, könnten dann einer harmonischen Lösung zugeführt werden. In diesem Sinne ist auch die Erklärung der ungarischen Legitimisten zu verstehen, die bloß das Ziel der Rechtskontinuität festlegt.

Unter den Parteien ist jetzt eine Aktion im Zuge, die politischen Gegensätze abzuschaffen. Die Regierung betont in einer Mitteilung, daß sie in dieser Angelegenheit keine Initiative ergriffen hatte. Die Aktion zur Versöhnung der Regierung mit den Legitimisten soll von Fürstprimas Czernoch eingeleitet worden sein, der den gegenwärtigen Zeitpunkt für den günstigsten hält, um eine Annäherung der beiden großen Gegensätze der ungarischen Politik herbeizuführen. Wie ihr Korrespondent erfährt, wird der geplante Burgfriede „im Zeichen Ottos" zustandekommen. Fürstprimas Czernoch verhandelt mit den Führern der christlichen Parteien.

Den in einigen Wochen stattfindenden Wahlen wird mit Spannung entgegengesehen.

Türkei.

Die Einnahme der Orte Sokin und Scalin Nown, 40 Meilen südlich von Smyrna, wurde heute in einer Mitteilung der türkischen Nationalisten bestätigt. Die griechische Armee hat einen Vormarsch in südlicher Richtung begonnen. Die Türken bringen Truppen in großer Zahl heran, und in der von den Italienern geräumten Zone gehen schwere Kämpfe vor sich.

Im Zusammenhang mit der nationalistischen Bewegung der Griechen Smyrnas wird nach Konstantinopel berichtet, der dortige „Verteidigungs-Ausschuß" habe bereits zwei Drittel des Militärs für sich gewonnen und werde wahrscheinlich die Unabhängigkeit Smyrnas erklären, sowie die Regierung in Athen die Räumung Jonens befehle. Freiwillige in großer Zahl sollen täglich in Smyrna eintreffen. Der Verteidigungs-Ausschuß gibt bekannt, die Kirchen seien bereit, ihre sämtlichen Kostbarkeiten für die nationale Sache zu opfern, und alles solle verwendet werden, die Freiheit zu schützen und die Wiederkehr „türkischer Tyrannei" zu verhindern. Die Hohe Pforte in Konstantinopel hat die Vertreter der Mächte auf die Bewegung aufmerksam gemacht, die sie als einen Aufstand gegen das Kalifat bezeichnet.

Balkan.

Serbische und montenegrinische Irreguläre vollführten einen kühnen Raubüberfall auf die Amerikanische Gewerbeschule bei Danilograd, stahlen 90,000 Francs fort und ließen die Lehrer mit 150 Schülern in Panik zurück. Der Anführer der Bande, der mit einem Karabiner bewaffnet war, zwang die Aufseher und Lehrer gegen eine Wand, wo sie mit erhobenen Händen stehen mußten, bis die Schule ausgeplündert war. Da er mit seiner Beute nicht zufrieden war, verlangte er, daß ihm die Bücher vorgelegt würden, und erst als er überzeugt war, daß die Schule über nicht mehr als 10,000 Francs verfügte, verschleppte er seine Beute ins Gebirge. Die südslawische Regierung hat beim amerikanischen Roten Kreuz, das die Schule unterhält, ihr Bedauern ausgedrückt und den Schaden ersetzt. Die ganze Gegend wird nach dem Bandenführer abgesucht, der vermutlich ein vor einiger Zeit wegen Revolutionstuntriebe entlassener serbischer Lehrer der Schule war.

Die bulgarische Regierung hat der ukrainischen Sowjet-Regierung mitgeteilt, daß alle Truppen des russischen Generals Wrangel, der seinerzeit in Südrußland und auf der Krim den Feldzug gegen die russische Sowjet-Regierung führte, entwaffnet worden seien, sowie sie bulgarischen Boden betreten hätten. Es ist dies die Antwort auf eine Note der Ukraine, in der diese mitteilt, sie würde es als kriegerische Handlung seitens Bulgariens ansehen, falls Truppen Wrangels von dort aus die Ukraine angreifen sollten.

Die Politik des Serbenreiches zeigt von Tag zu Tag eine immer größere Unklarheit. In Belgrad will man um keinen Preis von der bisher befolgten zentralistischen Politik auch nur um Haaresbreite abgehen. Protics kämpft für den ethischen Zentralismus und ist der Politiker des jugoslawischen Gedankens. Pasics wieder verkündet mit der radikalen Partei den vollständigen Zentralismus, ist aber doch geneigt, den oppositionellen Parteien gewisse Zugeständnisse zu machen. Die Demokratenpartei dagegen ist unter Führung Pribicsevics' gleichfalls ein Anhänger des Zentralismus, minscht aber denselben im Wege gewaltsamen Niederbrechens der Opposition zu statuieren. Diese drei politischen Richtungen kämpfen jetzt gegen einander auf Leben und Tod. Pasics arbeitet in „Enthüllungen", sein Blatt greift die Demokraten Tag für Tag mit Verdächtigungen an, die radikale Partei hält im ganzen Lande Versammlungen ab und versucht mit Lösungsworten und Versprechungen das Volk auf ihre Seite zu bringen. Pribicsevics wieder organisiert die Mrodnaja Obrana und entwickelt auf dem ganzen Gebiete der Politik einen gewaltigen Terror. Dazu kommt die neuerliche Unzufriedenheit der Muselmanen, die mit neuen Forderungen kommen, Marinkovics will abdanken, weil er sich mit Pribicsevics übermarx, Radikale und Demokraten treiben die Fehde bis zur Gemeinheit, Pasics hinwieder erklärte, noch einen letzten Schritt zur Besserung der Lage tun zu wollen, dann aber sich in den Ruhestand zurückzuziehen, um jüngeren Politikern das Feld zu überlassen. Die Opposition dagegen bestimmt sich der Belgrader Lage und Kurzsichtigkeit gegenüber vollständig ruhig und bemerkt nur hier und da, daß der desperaten Lage nur Neuwahlen helfen können, aber auch dies nur um den Preis der Revision der Verfassung. Verschärft wird die Lage noch durch die von Tag zu Tag sich steigernde Teuerung und die Erbitterung über die Art und Weise, wie die Belgrader Regierung die Staatsgelder verausgabt. So hat sie der Agramer Narodna Obrana nicht weniger denn 800,000 Dinar für die Aufhetzung zum Bürgerkriege angewiesen. Selbst die den Regierungskreisen genug nahestehende Ezegger Zeitung „Magnar Ujsag" erklärt, daß, wenn die Dinge in Jugoslawien auch weiter so fortgehen, der Umsturz nicht mehr weit entfernt sein könne.

Die auf großserbische Propaganda hin abgefeuerten Schüsse, denen das edle österreichische Thronfolgerpaar in Sarajewo zum Opfer fiel, setzten die Welt in Feuer. Mit Blut hatte die Umgestaltung der Welt begonnen und der Lohn wird nicht ausbleiben.

„Man muß die Wahrheit immer und immer wiederholen, denn die Lügner wiedrholen auch ihre Lügen immer wieder."

Rußland.

Die Zahl der hungernden Bevölkerung wird von der Sowjetregierung heute mit rund 33½ Millionen angegeben. Davon 25½ Millionen auf die Landbevölkerung und 8 Millionen auf die Bewohner der Städte entfallen. Hiervon packt die Hand des Hungers 630,000 Säuglinge, 4,760,000 Kinder unter 7 und 5,895,000 Kinder unter 15 Jahren. Diese Zahlen, die durchaus nicht erschöpfend sein können, da sie sich auf den Januar dieses Jahres beziehen, beweisen, daß die russische Hungerkatastrophe bei weitem alle ähnlichen Erscheinungen in Indien und China übertrifft, wo die Zahl der Hungernden 20 bis 25 Millionen selbst in den schwersten Jahren nicht überstiegen hat. Allein im Gebiet der Wolga und des Ural beträgt die Zahl der Hungernden 23,325,000 Menschen. Diese Zahlen, desgleichen die im folgenden wiedergegebenen Angaben sind amtlichen Berichten der Sowjetregierung entnommen. An ihrer Richtigkeit kann leider kaum gezweifelt werden. Sie sind eher zu niedrig als zu hoch.

In einer Denkschrift teilte die Sowjetregierung den Weltmächten mit, daß im vergangenen und im laufenden Jahre folgende Gesetze erlassen oder abgeändert wurden, um die Sicherheit des Lebens und des Eigentums zu gewährleisten: Sicherstellung des Verhältnisses zwischen den Staatsbediensteten und Arbeitern sowie ihrer Vereinigungen und den Unternehmungen, Abänderung der Arbeitspflicht, Bekanntgabe der Gewerbe- und Handelsfreiheit im Inlande, Sicherstellung des Rechts der Staatsbürger auf ihre Wohnung. Durch ein besonderes Dekret der Regierung wurde das Briefgeheimnis im Prinzip anerkannt. Das Vorgehen bei der Briefzensur unter außerordentlichen Verhältnissen wird gesetzlich geregelt werden. Ausdrücklich werden die Rechte der Staatsbürger in bezug auf das außergerichtliche Verfahren bei Zwangsmaßnahmen der staatspolitischen Behörden festgestellt. Die allgemeine Aufsicht über die Tätigkeit der politischen Behörden wird dem Justizkommissariat übertragen. Die Grundrechte der Staatsbürger werden jetzt bei der Neugestaltung des Gesetzbuches der Republik berücksichtigt. In der Industriepolitik Sowjetrußlands hat sich bisher das privatwirtschaftliche Prinzip noch nicht in ausgesprochenem Maße durchgesetzt. Hier kann von einer Ueberwindung der bisher leitenden Doktrine noch nicht gesprochen werden. Soweit hat die Idee radikaler Gemeinwirtschaft doch noch Geltung, daß der Staat die größten und wichtigsten Industrien im eigenen Betrieb behält, während er alle anderen nur auf kaufmännischer Grundlage unorganisiert und sie an Private verpachtet. Die Lösung solcher Pachtverträge kann nur durch das Gesetz erfolgen. Angesichts der Notwendigkeit, ausländische technische Hilfsmittel und Materialien einzuführen, befreit die Regierung die konzessionierten Händler von der Gefahr der Nationalisierung, Requisition und Beschlagnahme ihrer Betriebe.

Die Russische Staatsbank wird, wie „Ekonomicheskaja Sisn" erfährt, bei Geldüberweisungen nach dem Ausland in letzter Zeit immer häufiger in Anspruch genommen. Gegenwärtig unterhält die Russische Staatsbank mit 15 Banken in Deutschland, Schweden, Dänemark und Belgien dauernd Beziehungen. Im ganzen sind von der Staatsbank bis zum 15. Februar 3213 Ueberweisungen aus dem Auslande im Höhe von 88,027,00 Millionen Goldrubel durchgeführt worden.

Dr. Claus Steinmetz, der konsultierende Ingenieur der General Electric Co. von Amerika, hat Premier Lenin schriftlich seine Hilfe durch technischen Rat in der Durchführung seiner Elektrifizierungspläne angeboten und zugleich Rußlands Wiederaufbau-Bestrebungen gutgeheißen.

Lenin hat indes dankend abgelehnt und als Grund dafür angegeben, noch bestünden keine legalen Beziehungen zwischen den Ver. Staaten und Rußland, und es dürfte deshalb schwer halten, das freundliche Angebot in die Praxis umzusetzen.

Rußland erregte auf der wirtschaftlichen Konferenz durch eine Note an die polnische Delegation von Neuem Aufsehen. Die Note erhebt Einwand dagegen, daß Polen sich den alliierten Mächten in dem Protest gegen einen Sondervertrag zwischen Rußland und Deutschland anschloß. Rußland behauptet, daß der Friedensvertrag mit Polen alle Beziehungen zwischen den beiden Ländern deckt. Gleich Deutschland sollte sich darum Polen an einer Besprechung russischer Angelegenheiten nicht beteiligen. Es wird sogar angedeutet, daß Polen durch sein jetziges Vorgehen auf der Konferenz den am 18. März in Riga abgeschlossenen Vertrag aufgehoben hat.

Rußland hält eine starke rote Armee nahe der polnischen Grenze, verschiedene Delegierte sehen darin in den russischen Einwänden eine Drohung gegen Polen.

Das russische Volk wird den augenscheinlichen Plan der Alliierten in Genua, Rußland in Kolonien europäischer Staaten aufzuteilen, niemals dulden. Graf Ilya Tolstoy erklärte dies in einem Vortrag. Ein solcher Versuch würde große Gefahren für die Zukunft bringen. Der Redner riet Amerika sich fernzuhalten und jede russische Regierung anzuerkennen, welche Sicherheit für Handel, Arbeit, Eigentum und persönliche Rechte garantiert. Lenin, Stinnes von Deutschland und Lloyd George, die nach Tolstoy das Geschick von Europa bestimmen, haben alle Pläne zur Regelung von Europa. Allein die britische Diplomatie, welche auf Eroberung des russischen Marktes aus ist, komme mit Stinnes Absichten auf diesen Markt, um „genug zur Bezahlung der deutschen Entschädigung zu verdienen", in Konflikt. Diese Lage, sagt der Redner, hat die Genua Konferenz veranlaßt. England und Frankreich wissen, daß Deutschland den Krieg gewonnen haben wird, wenn es den russischen Markt bekommt.

Es besteht daher jetzt der Plan, Rußlands große Naturschätze unter die Alliierten aufzuteilen und es zu einem zweiten Indien zu machen. Britannien wird die Oelquellen erhalten, Frankreich wohl die Weine, Deutschland erhält einen Anteil, um es in dem Anschlag zu halten und Lenin bekommt die Anleihen als Entgelt für diese Zugeständnisse, welche die Bolschewiki am Ruder lassen. Achtzig Prozent des russischen Volkes, fügte Tolstoy bei, sind gegen die Alliierten und namentlich Britannien erbittert und dies bedeute große Gefahr für die Zukunft.

ist auf dieses Ereignis ebenfalls nicht bekannt war, und in den Antworten

Auch hier beginnt sich die kurzsichtige Alliiertenpolitik zu rächen. Das, was man gewollt droht in das Gegenteil umzuschlagen trotz all des nutzlos vergeudeten Blutes.

„Man muß die Wahrheit immer und immer wieder hören, denn die Lügner wiederholen auch ihre Lügen immer wieder."

Deutschland.

Der Berliner Lokal-Anzeiger, ein angesehenes Blatt mit ausgesprochen nationaler Tendenz, hatte eine Umfrage an eine Reihe hervorragender Persönlichkeiten gerichtet und sie um ihre Ansicht über Deutschlands Zukunft befragt. Die Anfragen wurden abgeschickt, ehe die Nachricht vom Abschluß des deutsch-russischen Bündnisses Bezug genommen worden.

Die Anfrage des Berliner Blattes war in die Worte gekleidet: „Glauben Sie an Deutschlands Auferstehung?" — „Felsenfest!" antwortete der Kronprinz von seinem Exil in Wieringen aus, und er setzte in belehrender Weise hinzu:

„Zwei Vorbedingungen sind dazu absolut nötig. Erstens müssen wir uns endlich einmal von schwächenden Einbildungen befreien. Wer sein Weltbürgertum über sein Deutschtum stellt, sollte auswandern, sonst wird er lediglich als Hemmschuh für den Wiederaufbau dienen. Helft euch selbst, dann wird Gott euch helfen. Zweitens, begrabt den inneren Zwist. Heiße Liebe für das Vaterland, Stolz auf den deutschen Geist und gegenseitiger Respekt unter den Nationen — dann, Kameraden, muß die Aufgabe gelingen."

Hindenburg bekennt seinen Glauben an Deutschland in den folgenden Worten: „Ich glaube an Deutschlands Auferstehung! Der niedrige moralische Stand und der Mangel nationalen Gefühls, die sich jetzt so sehr zeigen, sind nicht der wahre Ausdruck unseres Volkscharakters. Treue und Gradheit, Würde und Fleiß werden schließlich die Oberhand gewinnen, und dann werden wir, mit Gottes Hilfe, wieder über den Berg kommen."

Ludendorff sagt kurz und brüsk, im Tone eines Befehls: „Die deutsche Nation einigt sich entweder jetzt im Widerstande gegen ihre Feinde — oder sie stirbt. Ich bin überzeugt, es gibt Tausende und Zehntausende, die an das Sprichwort glauben: Wer Furcht empfindet, ist bereits halb verloren. Nur aus dem Zutrauen wird die große Tat herausgeboren. Die deutsche Kraft und Ausdauer können nicht unterdrückt werden."

Nach Berichten aus Handelsdepartement aus Kalkutta hat Indien im Rechnungsjahr 1919—20 an Deutschland nur 60 Tonnen Rohhäute verschickt; im Jahre 1920—21 waren es 3,700 Tonnen und in der ersten Hälf-

(Fortsetzung auf Seite 12.)